



Betreff: Genossenschaftliche Wohnbebauung auf dem Gelände des ehemaligen SSB-Depots Vogelsang

Antrag der SPD-Fraktion im Bezirksbeirat Stuttgart-West vom 27. Dezember 2014

Der Bezirksbeirat möge beschließen:

Der Bezirksbeirat bittet den Gemeinderat und die Verwaltung, alles in ihrer Macht stehende zu tun, damit die SSB das Gelände des ehemaligen Depots am Vogelsang an einen Bieter veräußert, der genossenschaftliche Wohnbebauung für Familien mit geringem bis mittlerem Einkommen realisiert – und dazu gegebenenfalls den Mindererlös an die SSB zu erstatten.

Begründung:

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist allgemein bekannt und trifft besonders auch den Stadtbezirk West. Die Statistik der letzten Jahre weist einige sich mittelfristig problematisch auswirkende Entwicklungen auf. Die allseits gewollte soziale Durchmischung des Stadtbezirks – die die beste Grundlage bildet für soziale Stabilität, für gute infrastrukturelle Voraussetzungen bezüglich Verkehr, Versorgung mit Dienstleistungen u.v.a.m – ist nicht mehr gewährleistet, wenn die Entwicklungen der letzten Jahren sich weiter verstärken. Der Stadtbezirk weist bereits jetzt einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Einpersonen-Haushalten und einen unterdurchschnittlichen Anteil von Familien (zudem mit überdurchschnittlichem Rückgang) aus, er hat einen unterdurchschnittlichen Anteil von Einwohnern mit Migrations-Hintergrund. Weitere, in die gleiche Richtung weisende Faktoren zeigen: es fehlt bezahlbarer Wohnraum für Familien und für Haushalte mit geringen bis mittleren Einkommen.

Alle derzeit in Umsetzung oder in Planung befindlichen Projekte mit Wohnbebauung im Stadtbezirk verstärken diese Entwicklung noch weiter. Lediglich das Projekt „Olgäle“ bietet für den Stadtbezirk – insgesamt gesehen - jedoch eine viel zu geringe Chance zur Gegensteuerung. Deshalb darf die Stadt die Chance, die das SSB-Gelände bietet, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen nicht dadurch vergeben, dass das Gelände zum höchstmöglichen Preis verwertet wird, sondern sie muss durch genossenschaftlichen Wohnbau für Familien mit geringem bis mittlerem Einkommen gegensteuern und dafür auch Investitionsmittel aufbringen.

Dr. Heinrich Schneider

Judith Zängle-Koch

Margrit Gregorian